
Parteilose in der Kommunalpolitik

Eine Untersuchung bei Mitgliedern von Schweizer Gemeindeexekutiven¹

Hans Geser / Urs Meuli
Soziologisches Institut der Universität Zürich
2010/2011

15. Kapitel: Zusammenfassung

Als Ausgangspunkt dieser empirischen Untersuchung diente die Beobachtung, dass die seit Mitte des 20. Jahrhunderts - vorangeschrittene „Kolonisierung“ der Kommunalpolitik durch die politischen Parteien seit den 1990er Jahren zum Stillstand gekommen ist und in letzter Zeit zumindest in kleineren und mittelgrossen Gemeinden rückläufig war.

Nachdem 1994 rund 6000 lokalpolitische Gruppierungen existierten, die - da sie Kandidaten für Ämter aufstellen und/oder regelmässig sachpolitisch tätig sind - als „Parteien“ betrachtet werden können, hat in allen drei Sprachregionen eine spürbare Erosion der lokalen Parteiensysteme stattgefunden. Diese hat einerseits in der Auflösung formaler Gruppierungen (Tab. 4.1/4.2), andererseits aber auch in der Verringerung und Überalterung ihrer Anhängerschaften (Tab. 4.4/4.5), in der zunehmenden Schwierigkeit zur Ämterbesetzung (Tab. 4.7) sowie in einem generellen Niedergang ihres kommunalpolitischen Einflusses (Tab. 4.8) Ausdruck gefunden.

Zu den relevantesten kommunalpolitischen Konsequenzen dieser Erosion gehört, dass die Parteien in immer mehr Gemeinden die Kontrolle über die Rekrutierung der Gemeindebehörden verlieren: mit der Folge dass heute mehr als 40 Prozent der rund 15000 Exekutivsitze von Personen besetzt werden, die – zumindest formell - keiner politischen Partei angehören.

Allerdings sind völlig parteilose Gremien bisher nur in Kleinstgemeinden unter 1000 Einwohnern relativ häufig, während oberhalb dieser Schwelle Gremien mit 1 bis 2 Parteilosen dominieren und in den mittleren und grösseren Städten (über 10000 Einwohnern) die Macht der Parteienkartelle nach wie vor ungebrochen erscheint (Tab 5.1/5.2). Geographische Aufgliederungen zeigen immense Divergenzen zwischen Regionen und Kantonen (Figur 5.1; Tab 5.14), die kausal schwer erklärbar sind, Erwartungsgemäss ist die Zahl parteiloser Exekutivmitglieder generell gering, wenn eine Gemeinde über drei oder mehr formal konstituierte Lokalparteien verfügt (Tab. 5.4/5.5).

Als Mischform zwischen Parteien und Parteilosigkeit bieten sich spezifische lokale Gruppierungen an, wie sie in Kapitel 2 beschrieben sind. Solche autochthone Gruppen entstehen einerseits dann, wenn ein Bevölkerungssegment bestimmte Interessen durchsetzen will, die vom bestehenden Parteiennetz nicht wahrgenommen werden kann oder will. Zentrale Treiber sind Umweltschutzfragen im Allgemeinen und Verkehrsprobleme im Besonderen. Diese Gruppierungen verankern sich fast ausnahmslos auf der linken Seite des politischen Spektrums. In kleinen Gemeinden kompensieren sie das Fehlen von Parteien mit einer linken Ausrichtung, in den Städten sind sie Ausdruck dafür, dass es den entsprechenden (Links-)Parteien nicht gelingt, drängende

¹ Die empirischen Ergebnisse dieses Forschungsberichts stammen aus dem Projekt : „Gemeindepolitik ohne Parteien?“, das der Schweiz. Nationalfonds vom 1. April 2008 bis zum 31. Sept. 2011 finanziell unterstützt hat (Projekt Nr. 100012-120614).

Probleme zu antizipieren. Es entstehen aber auch Bewegungen als Opposition von rechts, dies z.B. dort, wo eine funktionierende SVP als Kraft gegen hohe Steuersätze fehlt.

Andererseits verstehen sich zahlreiche lokale Gruppierungen als alternatives Angebot zu den Parteien. Gemeindeforen werden gegründet, um politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die nicht einer Partei beitreten wollen, eine Plattform für ein Engagement in Gemeindeangelegenheiten zu bieten. Sie verstehen sich im Prinzip als unpolitische Organisation, ihre Ausrichtung ist allein abhängig von den Intentionen ihrer aktiven Mitglieder.

Die Übergänge zwischen Parteilosen, lokalen Gruppierungen und Parteien sind fließend. So entwickeln sich gut organisierte politisch motivierte lokale Gruppen oft zu parteiähnlichen Gebilden, und nicht selten kommt es vor, dass sie sich mit der Zeit bestehenden Parteien anschliessen, die ihnen ein Netzwerk mit Gleichgesinnten bieten. So haben viele dieser Gruppen im Lauf der Zeit in der Grünen Partei eine definitive politische Heimat gefunden. Ein grosser Teil der Exponenten dieser lokalen Gruppen sehen sich aber mehr als Unabhängige, die sich in ihrem Selbstverständnis eher bei den Parteilosen einordnen. Deshalb verwundert es nicht, dass sich immer wieder in die Gemeindeexekutiven gewählte Vertreter von lokalen Gruppen nach einer Weile von ihren Gruppen lösen und als Parteilose in der Gemeindepolitik tätig sind.

Mit der Ausweitung des Rekrutierungsfeldes auf Parteilose ist ein verstärkter Einbezug von Bevölkerungssegmenten verbunden, die auf der Ebene kommunaler Exekutiven bisher wenig zum Zuge gekommen sind.

So liegt die Frauenquote bei den parteiungebundenen Mandatsträgern mit 25% deutlich höher als in allen bürgerlichen Parteien (15-21%), wenn auch beträchtlich niedriger als in den linken Parteien (29%) (Tab 6.1). Allerdings fügen sich die parteilosen Frauen nahtlos in die konventionellen Rollenmuster ein, indem sie – noch ausgeprägter als in den anderen Parteien – bevorzugt die Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsaufgaben übernehmen, während die Finanz-, Bau-, Werk- und Sicherheitsressorts wie auch das Gemeindepräsidium) bisher zu über 80% den Männern überlassen bleibt (Tab. 6.2).

Überhaupt nicht bestätigt hat sich die Hypothese, dass Parteilose durch umso höhere Bildung, berufliche Qualifikationen und berufliche Statuspositionen wettmachen müssten, was ihnen an politischer Erfahrung und Parteiunterstützung fehlt. Ganz im Gegenteil zeigt sich,

- dass von den Parteilosen nur 58%, von den Parteivertretern hingegen über 70% eine über die Berufslehre hinausgehende Ausbildung besitzen (Tab. 6.7).
- dass Inhaber höherer Kaderpositionen bei den Parteigebundenen durchwegs stärker vertreten als bei den Parteilosen, wo umgekehrt Angestellte auf unterer Kaderebene (sowie reine Mitarbeiter ohne Vorgesetztenfunktion) dominieren (Tab 6.17).

Deshalb erstaunt auch nicht, dass Parteilose von ihrem Beruf her häufiger über keine beruflichen Führungserfahrungen, juristischen Vorkenntnisse oder kaufmännischen Qualifikationen verfügen. Hingegen pflegen sie überdurchschnittlich häufig technische Kenntnisse und Fähigkeiten in ihr Amt einzubringen, wie sie beispielsweise für die Führung des Bauwesens, des Umweltbereichs oder der Gemeindewerke nützlich sind (Tab 7.4).

Drittens ergibt sich eine etwas stärkere Ausweitung des Rekrutierungsfeldes auf Personen, die nicht bereits seit Geburt oder Kindheit in der Gemeinde in der Gemeinde wohnen (Tab. 6.19/6.20), oder die gar erst kürzlich zugezogen sind (Tab. 6.21/6.22). Dies mag damit zusam-

menhängen, dass es sich bei Parteilosen häufiger um „Quereinsteiger“ handelt, die nicht darauf verwiesen waren, sich vorher lange Jahre in Parteiämtern und durch Mitwirkung in Spezialkommissionen „hochzudienen“, um schliesslich für ein Exekutivamt nominiert zu werden.

Ebenso gibt es viertens Hinweise darauf, dass Personen mit Migrationshintergrund zumindest durch die bürgerlich geprägten Lokalparteien auf dem Weg zu kommunalen Ämtern eher eine Behinderung als eine Beförderung erfahren, und dass sie dementsprechend an Chancen politischer Mobilität gewinnen könnten, wenn sich die Rekrutierung immer mehr auf Parteilose verschiebt (Tab. 6.29/Tab. 6.30).

Fünftens fällt auf, dass Parteilose erheblich häufiger in einem unpolitischen, ideologisch nicht profilierten Familienmilieu aufgewachsen sind (Tab. 6.26/6.27/6.28), und seltener Väter oder Mütter hatten, die selber bereits in der Kommunalpolitik tätig waren (Tab. 6.23(6.24/6.25).

Sechstens wird die geringere politische Prägung der Parteilosen darin sichtbar, dass sie vor Amtsantritt erheblich seltener als Parteivertreter in anderen kommunalen Rollen aktiv waren (Tab. 7.12). Am stärksten kontrastieren die Parteiungebundenen damit mit den Vertretern der Sozialdemokratie, von denen fast 70% solche vorgängige Ämter eingenommen (und 24% gar während mehr als 12 Jahren (!) ausgeübt) haben.

Siebtens zeigt sich, dass Parteilose seltener als Parteivertreter angeben, ihr Mandat aus „Interesse an Politik“ und aus „Freude an politischen Diskussionen gesucht und angetreten zu haben – und noch viel weniger aus dem Bestreben, eine über die Gemeinde hinausführende politische Karriere zu starten (Figur 8.1). Statt dessen pflegen (vor allem bei den Männern) eher altruistische Motive für die Kandidatur („Auftrag der Gesellschaft“ oder „Engagement für die Allgemeinheit“) im Vordergrund zu stehen (Tab. 8.2/8.6). Ein Vergleich der Sprachregionen zeigt allerdings, dass das Motiv des politischen Interesses in der Deutschschweiz höher gewichtet wird als in den lateinischen Sprachgebieten (Tab. 8.3).

Die geringe politische Profilierung der Parteilosen wird auch in der Art ihrer Nomination und Wahlverfahren überdeutlich. Keineswegs hat sich die Vermutung bestätigt, sie würden von den politischen Parteien als Ersatz für fehlende eigene Kandidaten unterstützt als zweitbeste Alternativen gewissermassen, die ihnen weltanschaulich nahestehen, sich aber aus irgendeinem Grund nicht formell als Mitglieder einbinden lassen. Vielmehr zeigt sich, dass dies nur in ca. 15% (in der Westschweiz gar nur 5%) aller Fälle geschieht. Selbst bei einer grösseren Zahl von Lokalparteien wird weniger als die Hälfte der Parteilosen von einer organisierten Gruppierung portiert (Tab. 7.20), und ebenso werden sie im Wahlkampf relativ selten von Parteisektionen aktiv unterstützt (Tab. 7.28).

Ebenso kommt es nicht häufig vor, dass Parteilose als Exponenten nichtparteilicher politischer Gruppierungen (wie sie im Kapitel 2 beschrieben werden) kandidieren. Vielmehr scheinen solche Gruppen an Parteilose nicht häufiger als an Parteigebundene heranzutreten (Tab 7.17/7.18; Figur 7.18). Auch nichtparteiliche Vereinigungen – wie sie in Kapitel 2 beschrieben werden sind aufgrund ihrer geringen personellen, finanziellen und organisatorischen Mittel nur in wenigen Fällen in der Lage, Kandidaten wirksam zu unterstützen und damit die Funktion echter politischer Parteien zu ersetzen (Tab 7.18; Figur 7.19).

Auch die Hypothese, dass lokale Wirtschaftskreise das von den fehlenden Parteien erzeugte kommunalpolitischer Machtvakuum zu einer stärkeren Einflussnahme genutzt würde, lässt sich durch die Ergebnisse nicht bestätigen denn nur weit weniger als 10% der Parteilosen vermelden, seitens des Gewerbes eine „grosse“ Unterstützung erfahren zu haben (Tab 7.27). Vielmehr scheint der Einfluss der örtlichen Wirtschaft nach wie vor über bürgerliche Parteien (vor allem die SVP) zu verlaufen: denn immerhin jeder zweite parteigebundene Kandidat hat von ihrer Seite her eine gewisse Hilfestellung erhalten. (Tab. 7.28). Dies würde bedeuten, dass ein

Rückzug dieser Parteien aus der Kommunalpolitik indirekt auch den politischen Einfluss lokaler Wirtschaftskreise abschwächen würde.

Ähnliches gilt – in geringerem Ausmass – auch für die örtlichen Vereine, die ebenfalls eher parteigebundenen als parteilosen Kandidaten ihre Wahlunterstützung leihen. (Tab. 7.28).

Andererseits hat sich aber auch die Vermutung nicht bestätigt, dass sich Parteilose sehr viel häufiger auf eigene Initiative bewerben würden. Allerdings steigt der Prozentanteil solcher unangemeldeter „Einzelmasken“ mit zunehmender Gemeindegrösse deutlich an (Tab. 7.18).

Überaus häufig kommt es hingegen vor, dass sie auf Anfrage einzelner amtierender Gemeindepolitiker (oder anderer wichtiger Persönlichkeiten) zur Kandidatur angehalten worden sind. Bei Frauen wie bei Männern vermelden sind es weit über 50%, bei denen die Nomination wesentlich durch derart persönliche Interventionen bestimmt (oder mindestens beeinflusst) worden ist. (Tab. 7.17).

Man mag daraus schliessen dass sich der Ausleseprozess als Folge des Rückzugs der Parteien in undurchsichtige informelle Netzwerke verschiebt und zu nicht geringen Teilen dem amtierenden Exekutivgremium selber zuwächst, das die Möglichkeit gewinnt, sich de facto selber zu kooptieren.

Wie sehr es sich bei Parteilosen häufig um Verlegenheitskandidaten oder „Lückenbüsser“ handelt, wird darin deutlich, dass sie seltener als Parteivertreter eine Konkurrenzwahl mit Gegenkandidaten zu bestehen hatten (und dementsprechend oft gar keine eigentliche Wahlkampagne zu führen brauchten). Allerdings gilt dies für gewöhnliche Ratsmitglieder häufiger als für Gemeindepräsidenten, wo selbst in Kleingemeinden eine generell höhere Neigung zu Kampfahlen besteht (Tab. 7.23). Der Trend zu kampflosen Einerkandidaturen scheint sich in jüngster Zeit beschleunigt zu haben, da sie am häufigsten bei Mandatsträgern beobachtet wird, die ihr Amt erst vor wenigen Jahren angetreten haben (Tab 7.25).

Angesichts dieser Rekrutierungsbedingungen kann nicht erstaunen, dass Parteilose eine besondere unpolitische Auffassung von ihrer Amtsrolle besitzen und sich wenig in den polarisierten politischen Diskurs einbinden lassen, wie er auf kantonaler und – vor allem - auf nationaler Ebene in zunehmend schärferer Form ausgetragen wird.

Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass Parteilose sind signifikant häufiger nicht bereit (bzw. in der Lage) waren, sich selbst politisch auf der Links-Rechts-Skala zu positionieren (Tab. 9.2/9.3). Überdies fällt auf, dass Parteilosen eine stärkere Neigung als Parteivertreter haben, sich auf dem Mittelpunkt der Achse (Wert 5) zu verorten (Figur 9.1). Davon abgesehen zeigen sie insgesamt dieselbe leicht nach rechts verschobene Häufigkeitsverteilung, die auch für die Gesamtheit der Parteivertreter gilt. Unerwartet ist der Befund, dass Parteigebundene in kleinen Gemeinden eher rechts, in grösseren Kommunen dagegen eher links von den Parteilosen stehen. (Figur 9.1). Dies mag damit zusammenhängen, dass in Kleingemeinden den Parteilosen eher die Rolle eines „linken Korrektivs“ zukommt, weil dort im Regelfall nur bürgerliche Parteien organisiert sind und das Exekutivgremium dominieren. Diese Rolle kehrt sich dann in grossen Gemeinden um, weil dort Sozialdemokraten und Grüne für eine linke Stimme sorgen.

Zudem fällt auf, dass Parteilose hinsichtlich der meisten kommunalpolitischen Fragen häufiger als Parteigebundene keine dezidierte Meinung haben: indem sie sich auf der vierstufigen Antwortskala für eine der beiden mittleren Positionen („stimme eher zu“ oder „stimme eher nicht zu“) entscheiden (Tab. 9.7). Abgesehen von ihrer geringen politischen Interessiertheit mag dies damit zusammenhängen, dass sie sich mehr Spielraum für Unentschiedenheit wahren können,

da sie nicht den von einer politischen Partei und ihrem Programm ausgehenden Zwängen auf die eigene Meinungsbildung unterliegen.

Des Weiteren zeigt sich, dass die Einstellungen zu politischen Sachfragen bei Parteilosen durchwegs schwächer als bei den Parteivertretern mit der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala korrelieren (Tab. 9.9). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sie selbst dann, wenn sie sich auf ideologischer Ebene eindeutig „links“ einordnen, in der konkreten Sachpolitik eher bürgerliche Meinungen vertreten (vgl. Tab. 9.10; 9.12; 9.14; 9.15; 9.17). Möglicherweise pflegen sie ihre Haltungen häufiger „pragmatisch“, d.h. ohne jene ideologischen Voreingenommenheiten festzulegen, wie sie bei parteipolitisch eingebundenen Politikern (vor allem in grösseren und städtischen Gemeinden) leitgebend sind.

So bestätigt sich die eingangs formulierte Hypothese, dass Parteilose ein eher unscharfes, für den Wähler schwer erkennbares Profil und ein schwer voraussehbares politisches Verhalten aufweisen: was zum Teil vielleicht die niedrigere Stimmbeteiligung bei ihren Wahlen erklärt (vgl. Kap. 14).

Ungeachtet ihrer Mitgliedschaft in einer politischen Partei scheinen die Exekutivmitglieder ihr Entscheidungshandeln an denselben Orientierungskriterien auszurichten. So stimmen sie darin überein, in erster Linie der inneren Stimme ihres Gewissens und – in sehr geringem Abstand dazu – den Meinungen des Stimmvolkes und der übrigen Ratsmitglieder zu folgen. (Tab. 11.1). Beim Vergleich der Kantone wird deutlich, dass in der deutschen und italienischen Schweiz ein fast durchgängiger Konsens besteht, dem Kriterium der „*eigenen inneren Überzeugung*“ ein sehr hohes Gewicht beizumessen – unabhängig davon, ob eine Parteibindung besteht. In den Westschweizer Kantonen Freiburg, Waadt, Neuenburg, Genf und Jura hingegen scheint diese autonome Innensteuerung eine sehr viel geringere Bedeutung zu haben (Figur 11.1). Zumindest in Genf und Neuenburg scheinen die Parteilosen diesen Mangel an Innenlenkung durch um so stärkere Rücksicht auf die demokratischen Mehrheitsverhältnisse wettzumachen (Fig. 11.2), während im Kanton Jura die Rücksicht auf lokale Vereine im Vordergrund steht (Figur 11.6).

Die bei Parteilosen logischerweise wegfallende Rücksicht auf die „Parteimeinung“ verändert nicht viel, weil auch die Parteigegebenen (mit Ausnahme der Linken) die Positionen ihrer politischen Gruppierung erstaunlich wenig gewichten.

Nur geringfügig hat sich die Vermutung bestätigt, die Parteilosen würden ihre grössere persönliche Autonomie in der Entscheidungsfindung für eine stärkere Orientierung an kommunalen Vereinen oder an örtlichen Wirtschaftsinteressen nutzen (Tab 11.4/11.5). Sehr wohl geben sie hingegen den Meinungen anderer Exekutivmitglieder (Tab 11.7): ein Hinweis darauf, dass sie sich dank ihrer Freiheit von Parteieinbindungen besser in der Lage fühlen, zur Konsensbildung innerhalb des kollegialen Exekutivgremiums beizutragen. Die Tatsache, dass sie auch den von den Behörden anderer Gemeinden vertretenen Position mehr Beachtung schenken (Tab. 11.8), deutet überdies darauf hin, dass sie auch zu einer besseren Konvergenz und Koordination ihrer Gemeinde mit anderen Gemeinden einen überdurchschnittlichen Beitrag leisten.

Es kann nicht erstaunen, dass Parteilose in den beiden einflussreichsten Exekutivämtern (Präsidium und Finanzressort) unterdurchschnittlich vertreten sind (Figur 12.2), da sie ja seltener über Führungs- und Finanzkompetenzen verfügen (Kap. 7), und da die Parteien selbst bei Personalknappheit wohl bestrebt sind, wenigstens diese beiden Schlüsselämter (und zusätzlich auch meist das ebenfalls wichtige Sozialressort) unter ihrer Kontrolle zu halten. Ebenso wenig überrascht, dass Parteilose besonders häufig im Bau- und Umweltressort sowie in der Leitung der

Gemeindewerke vorzufinden sind, wo sie ihre eher technisch orientierten beruflichen Vorkenntnisse (Kap. 7) zur Geltung bringen können.

Keine Unterstützung findet die Vermutung, die Parteilosen würden sich infolge ihrer geringeren politischen Amtsmotivation weniger in ihrem Amt engagieren. Im Gegenteil pflegen sie ihrem Mandat tendenziell sogar etwas mehr Wochenstunden als die Parteivertreter zu widmen – und dieser Unterschied nimmt mit wachsender Gemeindegrösse eher zu (Figur 12.6). Allerdings hängt die Arbeitszeit der Parteilosen erwartungsgemäss etwas stärker von ihren subjektiven Motivationen ab, während bei den Parteigebundenen wohl exogene Zwänge dafür sorgen, dass der Arbeitsaufwand weniger mit persönlichen Motivationslagen korreliert (Figur 12.7/12.8)

Bei den kleinen Gemeinden fällt auf, dass sich die Parteilosen etwas stärker auf das eigentliche Kerngeschäft der Gemeinderäte – Sitzungen und Sitzungsvorbereitung, Besprechungen und Kommissionstätigkeiten – konzentrieren. Bei den Parteivertretern sind dagegen untergeordnete Tätigkeiten etwas stärker gewichtet. Öffentliche Auftritte nehmen bei ihnen einen etwas grösseren Raum ein, aber auch die Führung der Verwaltung wird von ihnen häufiger als eine der drei wichtigsten Tätigkeiten genannt (Figur 12.11).

Prinzipiell scheinen die Parteivertreter stärker in kommunale Netzwerke eingebettet. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass sie stärker am lokalen Vereinsleben partizipieren (Figur 12.18; 12.19) und bei anstehenden politischen Entscheidungen häufiger informelle Gespräche mit verschiedenen Instanzen innerhalb und ausserhalb des kommunalen Behördeapparats führen (Figur 12.6; Tab 12.15). Dieser Vorsprung an formeller und informeller kommunaler Integration ist wohl auf ihr durchschnittlich längeres Engagement in der Lokalpolitik zurückzuführen. (Figur 12.16; Tab 12.5).

Bei der Analyse der kommunalpolitischen Folgen der Parteilosigkeit steht die Frage im Vordergrund, wie sie parteigebundene und nicht parteigebundene Exekutivmitglieder hinsichtlich ihrer Einflusschancen im Gremium voneinander unterscheiden. Wer im Ratsgremium als Repräsentant einer Partei auftritt, darf davon ausgehen, dass seine Standpunkte relativ ungeachtet seiner persönlichen Statusmerkmale ernstgenommen werden: insofern nachweisbar ein politisch gewichtiges organisiertes Kollektiv dahintersteht, das einen beträchtlichen Teil der Wählerschaft repräsentiert und notfalls auch die Fähigkeit hätte, seine Forderungen mit direktdemokratischen Initiativen und Referenden durchzusetzen). Demgegenüber vertreten Parteilose grundsätzlich nur sich selber, so dass es weitgehend von den partikulären Gegebenheiten ihrer Person (sowie ihrer Reputation und sozialen Vernetzung in der Gemeinde) abhängen dürfte, welches Gewicht sie im Rat zu entfalten vermögen.

Tatsächlich zeigt sich zumindest bei gewöhnlichen Ratsmitgliedern, dass Parteilose erheblich seltener als Parteigebundene angeben, in der kollegialen Behörde eine „überdurchschnittliche“ Einflussposition innezuhaben (Tab. 13.1). Bei den Gemeindepräsidenten hingegen scheinen allein die formalen Amtskompetenzen auszureichen, um unabhängig von einer Parteibindung (die beim Präsidentenamt sowieso in den Hintergrund rücken muss) meistens eine gehobene Einflussposition zu sichern.

Genauere Analysen zeigen, dass der Einfluss der Parteilosigkeit auf den Ratseinfluss weitgehend indirekt (d. h. über die persönlichen Eigenschaften der rekrutierten Amtsbewerber) verläuft, und dass Parteilose fast ebenso gute Einflusschancen wie Parteigebundene verfügen, wenn sie ebenso hohe Niveaus der Motivation, Qualifikation und Erfahrung in ihr Amt einbringen (Tab 13.2). Allerdings sind es überraschenderweise sind die Parteigebundenen, die einen sehr hohen Bildungsgrad und einen gehobenen Berufsstatus besonders häufig in politischen Einfluss umzusetzen vermögen (Tab 13.6/13.7).

Sehr wohl hängt die Autoritätsstellung der Parteilosen hingegen davon ab, ob sie im Wahlkampf die Unterstützung parteiunabhängiger Gruppen oder einzelner prominenter Persönlichkeiten in der Gemeinde erfahren haben, während sich der positive Einfluss, der von einer Unterstützung durch das lokale Gewerbe oder lokale Medien ausgeht, auch auf parteigebundene Ratsmitglieder erstreckt. (Tab. 13.14).

Im abschliessenden vierzehnten Kapitel ist versucht worden, die Perspektive vom Einzelmitglied auf das gesamte Exekutivgremium und seine Rolle im System der kommunalen Politik auszuweiten. Dabei ergab sich punktuell die Möglichkeit, parallele Analysen zu zwei Messzeitpunkten (1994 und 2005) durchzuführen und die in diesem Intervall stattgefundenen Wandlungen zu thematisieren.

Als auffälligstes Ergebnis zeigt sich, dass die kommunalen Stimmbeteiligungen signifikant höher liegen, wenn sich Parteigebundene Kandidaten zur Wahl (bzw. Wiederwahl) stellen (Tab 14.2/14.3). Dies kann nicht überraschen angesichts der Tatsache, dass Parteien zur allgemeinen Wählermobilisierung beitragen und durch strukturierte Information und erhöhte Transparenz für eine Vereinfachung der Wahlentscheide sorgen.

Genau umgekehrt sind die höchsten Beteiligungsraten an der Gemeindeversammlung bei parteilosen Exekutivgremien zu finden (Tab. 14.5/14.6). Der Grund dafür mag darin bestehen, dass ihnen aufgrund ihres Mangels an Repräsentativität eine geringere politische Legitimation zugesprochen wird, so dass mehr Gründe für die Nutzung direktdemokratischer Einflusskanäle bestehen.

Es fällt schwer, Auswirkungen auf die Kommunalpolitik zu finden, die in der verringerten Qualifikation und/oder politischen Motivation der Parteien ihre Ursache hätten. Zwar gibt es Hinweise, dass parteilose Exekutive etwas weniger Eigeninitiative bei Verwaltungsreformen entfalten (Tab. 14.7). Andererseits aber üben sie selber in der Gemeinde einen eher überdurchschnittlichen Einfluss aus (Tab. 14.8).

Allerdings scheinen die kommunalpolitischen Machtverhältnisse in vieler Hinsicht berührt zu werden: indem parteigebundene Exekutivvertreter dafür sorgen, dass neben den Parteien auch Wirtschaftskreise einen erhöhten, spontane Bürgergruppen hingegen einen geringen Einfluss entfalten (Figur 14.3; 14.5; 14.6).

Ebenso werden auch die Aussenverhältnisse in dem Sinne berührt, dass einerseits Parteienvertreter für eine bessere überlokale Einbindung der Gemeinde (bzw. ein besseres Verhältnis zum Kanton) besorgt sind (Figur 14.7), und dass in vielfältigerer Weise private Expertise in Anspruch genommen wird (Figur 14.9), während Parteilose – im Einklang mit ihrer stärkeren Orientierung an den Meinungen anderer Gemeindebehörden (vgl. Kap. 11) etwas stärker bemüht sind, die interkommunale Kooperation auf neue Vollzugsbereiche zu erweitern (Figur 14.8).

Insgesamt darf der Schluss gezogen werden, dass zahlreiche der im Einleitungskapitel vorgestellten Hypothesen über die Konsequenzen parteiloser Exekutivpolitik eine gewisse Unterstützung gefunden haben. Manche nicht signifikanten oder gar gegenläufigen Befunde haben ihre Ursache darin, dass sich diese Exekutivtätigkeit im Falle der Schweiz typischerweise im Rahmen sehr kleinformatiger Gemeinwesen mit geringem Grad innerer Politisierung vollzieht.

So wird der Unterschied zwischen Parteiungebundenen und Parteilosen dadurch abgeschwächt, dass die lokalen Parteisektionen oft personell, organisatorisch und finanziell zu schwach sind, um die Nominierung, Wahl und das Amtsverhalten ihrer Repräsentanten wesentlich zu steuern – ganz abgesehen davon, dass in konkordanten, kollegial entscheidenden Gremien alle Mitglieder eine gewisse Distanz zu ihren Parteien aufrechterhalten müssen.

Völlig verfehlt wäre es, im wachsenden Trend zu parteilosen Exekutivvertretern Ausdruck eines aktiven Aufbruchs zu einer „alternativen“, von konventionellen Parteizwängen befreiten „neuen Kommunalpolitik“ zu erblicken. Allzu oft handelt es sich bei ihnen um schiere „Lückenbüsser“, die aus bisher in der Politik unterrepräsentierten Bevölkerungssegmenten stammen und aufgrund ihrer geringeren Vorqualifikationen einerseits und ihrer beschränkten politischen Interessen andererseits in der kommunalen Behörde relativ wenig Einfluss entfalten.

Da es auch in Zukunft nach wie vor die politischen Parteien sein werden, die die kommunale Politik tragen und gestalten, hängt viel davon ab, dass sich der - momentan sehr ausgeprägte - Erosionsprozess ihrer lokalen Sektionen sich nicht noch weiter beschleunigt.